



Basler müssen wegen Corona mehr Steuern bezahlen

Mittelstands-Vertreter frustriert Angesichts der schlechten Wirtschaftslage muss die geplante Steuersenkung um 23 Millionen warten.

23 Millionen Franken. Um diesen Betrag hätten die Einwohner des Kantons Basel-Stadt im Steuerjahr 2021 entlastet werden sollen – so sah es der «Basler Kompromiss» zur Steuervorlage 17 vor. Doch weil die Corona-Krise die Wirtschaft gelähmt hat, kommt nun eine andere Klausel des neuen Steuergesetzes zum Tragen: Nimmt das Bruttoinlandsprodukt in zwei Quartalen hintereinander ab, wird die Steuersenkung verschoben. Das sind schlechte Nachrichten für all jene, die ein steuerbares Einkommen bis 200'000 Franken auszuweisen haben und damit in die begünstigte Kategorie gefallen wären.

Remo Ley, Präsident der CVP-nahen Mittelstands-Vereinigung Basel, ist frustriert. Insbesondere mit Blick auf die Staatskasse: Erst Mitte September hat Finanzdirektorin Tanja Soland (SP) die Zahlen für das Jahr 2021 präsentiert – sie

«Nun wird von dem, was man bekommen hat, wieder ein Stück weggenommen.»

Remo Ley
Präsident
Mittelstands-Vereinigung Basel

rechnet mit einem Überschuss von 135 Millionen Franken. Ley hätte darum mehr Widerstand erwartet, sagt er: «Der Kanton hat so viele Massnahmen beschlossen für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer, aber nun wird von dem, was man bekommen hat, wieder ein Stück weggenommen.» Der Mittelstand, der die Steuern bezahle, profitiere nicht von der Situation. «Das hat einen fahlen Beigeschmack.»

Ley bleibt dennoch nichts anderes übrig, als es zu akzeptieren. Schliesslich sind den Entscheidungsträgern wegen des Gesetzes die Hände gebunden. Doch scheint in Zeiten von Corona, in denen bekanntlich eigene Spielregeln gelten, die Frage berechtigt: Hat man wenigstens erwogen, an der Steuersenkung festzuhalten?

Wirtschaftsmotor soll laufen

Tanja Soland verweist darauf, dass zwei der drei Schritte zur Senkung der Einkommenssteuer bereits vollzogen sind. Nach 23 Millionen im Steuerjahr 2019 werden für das laufende Jahr weitere 24 Millionen weniger in Rechnung gestellt. «Das betrifft gerade die schwierige Corona-Zeit und bringt den natürlichen Personen eine Entlastung.» Dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit der Steuersenkung zugewartet wird, habe der Gesetzgeber so beabsichtigt. Gleichzeitig will Soland im kommenden Jahr deutlich mehr Geld ausgeben. Für sie ist das kein Widerspruch: «Mit den hohen Nettoinvestitionen wird ein Beitrag geleistet, damit in Basel der Wirtschaftsmotor am Laufen bleibt, Arbeitsplätze erhalten oder weitere geschaffen werden. Die Privaten profitieren in diesem Sinne indirekt über die Nettoinvestitionen.» Zudem zahlten diese Unternehmen ebenfalls Steuern, die schliesslich zugunsten der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden könnten.

Mit den Corona-Massnahmen von Bund und Kanton könne «jenen gezielt geholfen werden, die durch die Krise besonders betroffen sind», während eine allgemeine Steuersenkung dagegen «sehr unspezifisch» wirke. Von Letzterem würden auch jene profitieren, die nicht unter der Co-

rona-Situation leiden, schreibt Soland. «Vor diesem Hintergrund sind gezielte Massnahmen für die Betroffenen allgemeinen Steuersenkungen vorzuziehen.»

Überschuss budgetiert

Eine ähnliche Haltung vertritt Beat Hintermann, Professor für öffentliche Finanzen an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der **Universität Basel**. «Will man die Nachfrage stützen, macht es Sinn, wenn jene Geld bekommen, die es brauchen. Und das sind in Basel-Stadt oft nicht diejenigen, die Steuern bezahlen.» Der steuerzahlende Mittelstand hingegen würde sein Investitions- und Konsumverhalten kaum wesentlich ändern, nur weil er etwas weniger vom Einkommen abgeben muss. Dass sich die Kantonsregierung an die eigenen Vorgaben hält und auf die Steuersenkung verzichtet, erscheint Hintermann plausibel: «Ich sehe nicht, warum sich die Regeln geändert haben sollten, nur weil die Rezession auf Corona zurückzuführen ist.» Und ja, Soland budgetiere zwar einen schönen Überschuss, doch gelte es zu bedenken, dass Basel-Stadt einer der am höchsten verschuldeten Kantone ist.

Dem Mittelstand bleibt der Trost, dass die Steuersenkung früher oder später nachgeholt wird. Voraussetzung dafür, dass der Einkommenssteuersatz fällt, ist eine Erholung der Wirtschaft und eine Nettoschuldenquote unter vier Promille. Dasselbe gilt für den geplanten höheren Versicherungsabzug. Ist der «Basler Kompromiss» vollständig umgesetzt, werden die Basler Steuerzahler um insgesamt 70 Millionen Franken entlastet sein.

Jan Amsler